

Bossler, Mario; Fuchs, Johann; Kubis, Alexander; Schneider, Lutz

## Article

# Mögliche Brexit-Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bossler, Mario; Fuchs, Johann; Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2019) :  
Mögliche Brexit-Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X,  
Springer, Heidelberg, Vol. 99, Iss. 10, pp. 687-692,  
<https://doi.org/10.1007/s10273-019-2514-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/213765>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Mario Bossler, Johann Fuchs, Alexander Kubis, Lutz Schneider

# Mögliche Brexit-Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt

Der Brexit wird auch den deutschen Arbeitsmarkt beeinflussen. Viele Betriebe in Deutschland produzieren für den Export nach Großbritannien. Künftige Handelshemmnisse könnten negative Auswirkungen auf den Personalbedarf in diesen Unternehmen haben. Auf der Angebotsseite wird der Brexit die innereuropäischen Migrationsströme beeinflussen. Eine restriktivere britische Immigrationspolitik könnte migrationswillige EU-Bürger dazu bringen, verstärkt nach Deutschland zu ziehen und damit das Arbeitsangebot zu erhöhen. Die Autoren schätzen die Größenordnung dieser Effekte ein. Es zeigt sich, dass die Folgen des EU-Austritts auf beiden Seiten des deutschen Arbeitsmarktes moderat sein sollten.

Viele Studien beschäftigen sich derzeit aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive mit den ökonomischen Auswirkungen des Brexits. Der vorliegende Beitrag widmet sich den spezifischen Effekten des Brexits für den Arbeitsmarkt in Deutschland. Auf der einen Seite werden ökonomische Verflechtungen deutscher Unternehmen mit dem Vereinigten Königreich (Großbritannien inklusive Nordirland) auf Grundlage betrieblicher Daten beschrieben. Diese Informationen werden genutzt, um zu analysieren, wie sich in den vom Brexit betroffenen Betrieben die Beschäftigungserwartung in den kommenden zwölf Monaten entwickeln könnte. Damit lässt sich die Wirkung des Brexits auf die betriebliche Nachfrage nach Personal schätzen. Auf der anderen Seite erfolgt eine Einschätzung der Effekte des Brexits auf das Angebot an Arbeitskräften. Dabei wird die Zuwanderung untersucht und die Frage geklärt, inwiefern der deutsche Arbeitsmarkt von einer durch den Brexit verursachten Umlenkung der innereuropäischen Migrationsströme betroffen sein könnte.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags sind die Diskussionen um die konkrete Ausgestaltung des Brexits noch in vollem Gange. Auch ein sogenannter harter Brexit, verstanden als ein Ausscheiden des Vereinigten Königreiches ohne vertragliche Grundlage, ist nicht vollständig auszuschließen. Die Verunsicherung über die Stärke der Verwerfungen nimmt zu und eine empirische Einschätzung möglicher Wirkungskanäle ist dringend geboten. Der Beitrag liefert Eckwerte zur Betroffenheit und erwarteten Beschäftigungsentwicklung der deutschen Betriebe sowie potenziellen Umlenkeffekten der Zuwanderung aus anderen EU-Ländern.

## Effekte des Brexits auf Betriebe und auf die Nachfrage nach Arbeitskräften

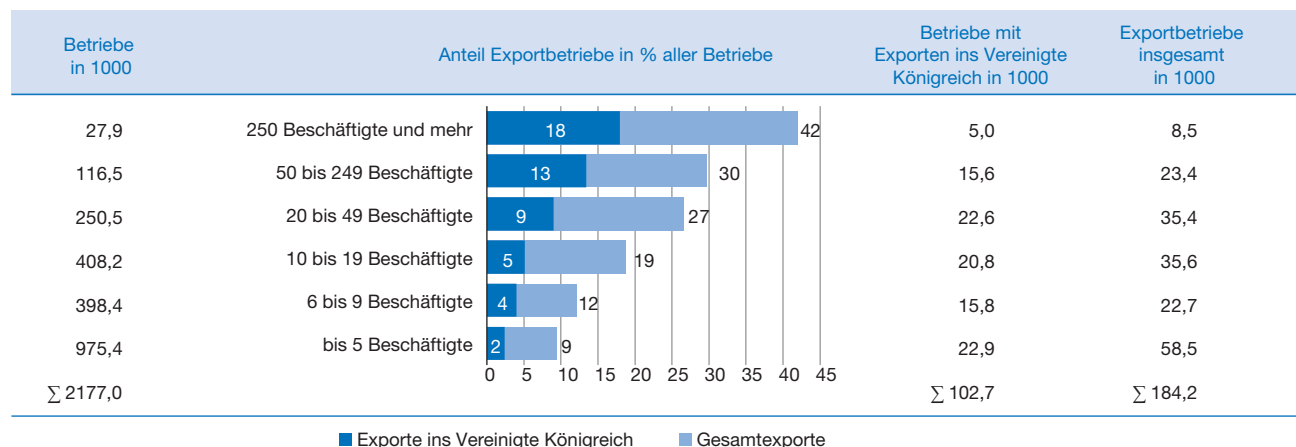
Klinger und Weber zeigen in einer kürzlich erschienen Studie,<sup>1</sup> dass in Deutschland die Wirkung konjunktureller Faktoren auf die Beschäftigung seit 2009 deutlich schwächer geworden ist. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums um 1 Prozentpunkt führte früher zu einer um 0,4 % sinkenden Beschäftigung. Inzwischen hat sich dieser Wert halbiert. Die Autoren erklären dies mit einem starken Wachstum binnenmarktorientierter Dienstleistungsbranchen wie dem Gesundheits- und Pflegebereich oder der Bildung und Erziehung. Diese Branchen sind weniger vom konjunkturell sensibleren Export abhängig als etwa das Verarbeitende Gewerbe.

1 Vgl. S. Klinger, E. Weber: GDP-Employment Decoupling and the Slow-down of Productivity Growth in Germany, IAB-Discussion Paper, Nr. 12/2019.

**Dr. Mario Bossler, Dr. Johann Fuchs und Dr. Alexander Kubis** sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg.

**Prof. Dr. Lutz Schneider** lehrt Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Coburg.

Abbildung 1

**Deutsche Betriebe mit Exporten ins Ausland und ins Vereinigte Königreich, 2018**

Anmerkung: vorläufige Hochrechnung des Anteils der Betriebe mit Exporten ins Vereinigte Königreich in % auf Basis der IAB-Stellenerhebung zweites Quartal 2018; Hochrechnung des Anteils der Exportbetriebe insgesamt auf Basis des IAB-Betriebspanels 2018.

Quelle: IAB-Stellenerhebung; IAB-Betriebspanel.

Im Einzelfall kann ein durch den Brexit hervorgerufener Exportrückgang die Beschäftigungsentwicklung eines Betriebs je nach Verflechtung mit dem Vereinigten Königreich jedoch massiv treffen. Ein Blick auf die betrieblichen Exportverflechtungen deutscher Unternehmen zeigt auf Basis des IAB-Betriebspanels, dass 2018 rund 13 % der Betriebe überhaupt Exportbeziehungen mit dem Ausland hatten. Zahlen auf Basis der IAB-Stellenerhebung zeigen, dass knapp 4,7 % aller Betriebe ins Vereinigte Königreich exportieren, wobei diese Betriebe parallel auch in andere Länder exportieren können. Diese Durchschnittswerte sind stark größenabhängig (vgl. Abbildung 1): 42 % der Großbetriebe mit mindestens 250 Beschäftigten exportieren ins Ausland und 18 % (auch) ins Vereinigte Königreich. Kleinstbetriebe mit maximal fünf Beschäftigten exportieren generell seltener als größere Betriebe. Mit dem Vereinigten Königreich haben hier nur 2 % Exportbeziehungen.<sup>2</sup>

Neben dem Export wurden im Rahmen der IAB-Stellenerhebung im zweiten Quartal 2019 weitere Verflechtungen der Betriebe mit dem Vereinigten Königreich erhoben (vgl. Abbildung 2). Im direkten Wettbewerb mit konkurrierenden Firmen aus dem Vereinigten Königreich stehen etwa 2,9 % der hiesigen Betriebe. Inwieweit der Brexit die Wettbewerbssituation deutscher Betriebe verbessert, ist unklar. Zumindest müssten britische Betriebe dann bei öffentlichen Ausschreibungen auf dem europäischen Markt aus rechtlicher Sicht schlechter gestellt sein. Weitere

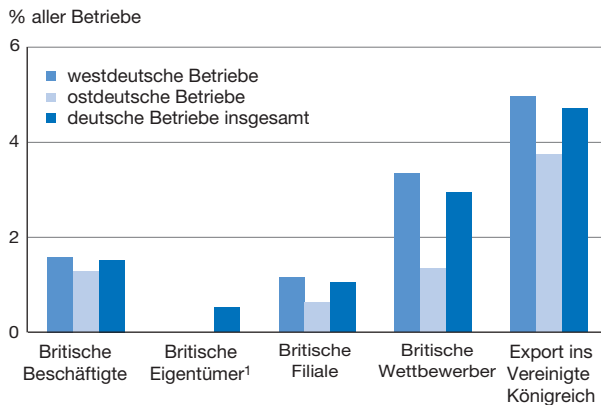
Verflechtungen, die im Rahmen der IAB-Stellenerhebung erhoben wurden, sind Beschäftigte mit britischer Staatsbürgerschaft, Firmeneigentümer aus dem Vereinigten Königreich und Filialen bzw. Betriebsteile der Unternehmen ins Vereinigte Königreich. Berechnet man die Zahl der Betriebe, die mindestens eine der in Abbildung 2 genannten Verflechtungen haben, so ergibt sich, dass rund 8,5 % der deutschen Betriebe direkt vom Brexit betroffen sind, also rund 184 000 der 2,17 Mio. Betriebsstätten in Deutschland. In allen betrachteten Kategorien sind Betriebe in Westdeutschland stärker mit dem Vereinigten Königreich verflochten als Betriebe in Ostdeutschland, da diese einen allgemein niedrigeren Exportanteil haben.

Auch wenn die von den Arbeitgebern erwartete Beschäftigungsentwicklung nur einen Ausblick auf die später realisierten Neueinstellungen bzw. den tatsächlichen Beschäftigungsabbau in den Betrieben gibt, können diese Erwartungen als guter erster Hinweis auf die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigung dienen.<sup>3</sup> Aus aktueller Sicht (Stand August 2019) bleibt die tatsächliche Ausgestaltung des Brexits abzuwarten, die derzeitigen Erwartungen der Arbeitgeber können dementsprechend noch verzerrt sein. Im Gegenzug dürfte es nachfragesteigernde indirekte Effekte geben. Beispielsweise könnte der Brexit zu einer EU-weiten Importsubstitution führen. Andere EU-Länder würden vormals aus dem Vereinigten Königreich stammende Güter aus anderen EU-Ländern importieren,

<sup>2</sup> Diese repräsentativen Zahlen gelten für alle Betriebe in Deutschland mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Anzumerken ist, dass sich diese Zahlen auf die Zahl der Betriebe und nicht auf den jeweils dahinterstehenden Umsatz beziehen.

<sup>3</sup> Zum Zusammenhang zwischen erwarteter und tatsächlich realisierter Beschäftigungsentwicklung und der Mindestlohneinführung in Deutschland, vgl. M. Bossler: Employment expectations and uncertainties ahead of the new German minimum wage, in: Scottish Journal of Political Economy, 64. Jg. (2017), H. 4, S. 327-348.

**Abbildung 2**  
**Verflechtung deutscher mit britischen Betrieben**



<sup>1</sup> Zu geringe Fallzahl.

Anmerkung: vorläufige Hochrechnung der Anteile an allen Betrieben in %.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Befragung zweites Quartal 2019.

sicher teilweise auch aus Deutschland. Damit stiege die Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen.

Tabelle 1 zeigt Regressionsergebnisse mit der von den Arbeitgebern erwarteten Beschäftigungsentwicklung für den befragten Betrieb als abhängige Variable, die durch unterschiedliche Betroffenheit vom Brexit beeinflusst sein kann. Die unterschiedlichen Dimensionen der betrieblichen Betroffenheit werden in den Spalten (1) bis (4) separat und in Spalte (5) zusammen als erklärende Variablen verwendet. Im unconditionellen Durchschnitt erwarten die Betriebe, dass ihre Beschäftigung in den kommenden zwölf Monaten um durchschnittlich 3,5 % wächst. Die in Tabelle 1 präsentierten marginalen Effekte zeigen, wie sich die Beschäftigungserwartung von betroffenen Betrieben (in der jeweiligen Dimension) von allen anderen Betrieben unterscheidet. Kontrolliert wird dabei für die Branche, Ost-/Westdeutschland, Stadt/Land, die Größe, das Vorhandensein eines Betriebsrats und die Beschäftigungsentwicklung im letzten Halbjahr bzw. in den letzten eineinhalb Jahren. Es werden also Betriebe in ihrer erwartenden Beschäftigungsentwicklung verglichen, wobei die realisierte Beschäftigungsentwicklung in der jüngsten Vergangenheit konstant gehalten wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass die jeweils unterschiedlich vom Brexit betroffenen Betriebe kaum von der generell erwarteten Entwicklung anderer Betriebe abweichen. So sind deren marginale Effekte sowohl ökonomisch als auch statistisch kaum von Null verschieden. Lediglich Betriebe mit einer Filiale oder einem anderen Betriebsteil im Vereinigten Königreich erwarten eine statistisch schwach signifikante, um ca. 2 Prozentpunkte schwächere Beschäfti-

**Tabelle 1**  
**Erwartete Beschäftigungsentwicklung nach Brexit-Betroffenheit der Betriebe**

In den kommenden zwölf Monaten

Betriebe mit...	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Britischen Beschäftigten	-0,00184 (-0,17)				0,000762 (0,06)
Filialen/Betrieben im Vereinigten Königreich		-0,0160* (-1,90)			-0,0215* (-1,86)
Britischen Wettbewerbern			0,0166 (0,75)		-0,00463 (-0,49)
Exporten ins Vereinigte Königreich				0,0102 (0,83)	0,00162 (0,29)
Zahl der Betriebe	8768	8818	8803	8664	8739

Anmerkungen: OLS-Regressionskoeffizienten. Die im jeweiligen Betrieb erwartete Beschäftigungsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten ist die abhängige Variable. Kontrollvariablen beinhalten Dummies für Bundesländer, ländliche Regionen, 24 Wirtschaftszweige, Betriebsgröße, Existenz eines Betriebsrates sowie die Beschäftigungsentwicklung im letzten Halbjahr bzw. in den letzten eineinhalb Jahren. In Klammern befinden sich T-Statistiken unter Verwendung von heteroskedastie-robusten Standardfehlern. Statistische Signifikanz: \* 10 %, \*\* 5 % und \*\*\* 1 %.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Befragung zweites Quartal 2019.

gungsentwicklung. Wie in Abbildung 2 gezeigt wurde, machen diese Betriebe jedoch weniger als 1 % aller Betriebe in Deutschland aus. Es handelt sich also um einen Effekt von sehr geringer Größenordnung.

Insgesamt zeigen sich für die unterschiedlich vom Brexit betroffenen Betriebe kaum Unterschiede in der Beschäftigungserwartung. Zu beachten ist, dass dieses Ergebnis nur dann als kausal zu interpretieren ist, wenn sich die Betriebe auch ohne den bevorstehenden Brexit wie die Referenzgruppe entwickeln würden. Zusätzlich ist die aktuell noch unklare Gestaltung des Austritts zu beachten, wobei die generelle Unsicherheit über den konkreten Zeitpunkt und die Form des Austritts von den Arbeitgebern in deren Antworten bereits eingepreist sein sollte.

### Effekte des Brexits auf das Arbeitskräfteangebot

Aus theoretischer Sicht liegt die Vermutung nahe, dass die Personalnachfrage der deutschen Unternehmen im Zuge des Brexits sinken könnte, auch wenn die Dimension des Rückgangs – wie gesehen – moderat sein sollte. Grund für die Reduktion sind die erwarteten Produktionsrückgänge in Betrieben, die ihre Güter auch ins Vereinigte Königreich exportieren. Neben diesen nachfrageseitigen Folgen des Brexits auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind aber auch Folgen für das der deutschen Wirtschaft aufgrund der Migration zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot wahrscheinlich. Dabei ist zwischen der Neumigration und dem Bestand an bereits zugewanderten Personen zu differenzieren.

## Bestand an Migranten und Neumigration

Für den Bestand ist zu fragen, welchen Status die bereits im Vereinigten Königreich lebenden nicht-britischen EU-Bürger mit dem Vollzug des Brexits erhalten: Gegenwärtig sind es ca. 3,8 Mio. nicht-britische EU-Bürger.<sup>4</sup> Dabei bilden die Polen mit über 1 Mio. Personen die bei weitem größte Gruppe, gefolgt von den Rumänen, Iren und Italienern. Die Deutschen belegen mit ca. 155 000 den neunten Platz in der Liste der größten EU-Bevölkerungsgruppen im Vereinigten Königreich. Umgekehrt sind britische Staatsbürger in Deutschland ebenfalls vom Brexit betroffen, denn auch sie können die Freizügigkeitsrechte abhängig von der Ausgestaltung der EU-Regelungen mit dem Vereinigten Königreich verlieren. Derzeit leben in Deutschland ca. 93 000 britische Staatsangehörige. Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass die beabsichtigten, sehr niederschweligen Anerkennungsverfahren auf beiden Seiten verhindern werden, dass bereits im Vereinigten Königreich lebende EU-Bürger in nennenswertem Umfang aus rechtlichen Gründen das Vereinigte Königreich verlassen müssen bzw. umgekehrt in Deutschland lebende Briten zur Ausreise gezwungen sind.<sup>5</sup> Freilich könnte die Gruppe der Deutschen eine Rückkehr nach Deutschland im Zuge des Brexits in Erwägung ziehen; auch polnische Bürger kommen aufgrund der räumlichen Nähe und der großen polnischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland für einen Umzug aus dem Vereinigten Königreich nach Deutschland infrage. Die exakte Größenordnung dieses Effekts ist derzeit nicht seriös quantifizierbar. Die Nettomigration dürfte dadurch aber nur kurzzeitig und in geringem Umfang beeinflusst werden.<sup>6</sup>

Der Brexit dürfte vor allem die Neumigration beeinflussen und damit zu Verschiebungen des innereuropäischen Wanderungsregimes beitragen. Trotz der immer noch andauernden Unsicherheit hinsichtlich der rechtlichen Ausgestaltung des Brexits ist es wenig wahrscheinlich, dass eine uneingeschränkte Einwanderung von EU-Bürgern ins Vereinigte Königreich mit dem Verlassen der EU weiterhin möglich sein wird – gehörte doch die hohe Einwanderung aus den (neuen) EU-Staaten zu den entscheidenden Motiven der Brexit-Befürworter.<sup>7</sup> Es ist eher zu erwarten, dass die Regelungen für die EU-Zuwanderung nach dem Verlassen der EU den Regeln für Drittstaatler angenähert

werden. Höhere Zuwanderungshürden in Richtung Vereinigtes Königreich könnten dazu führen, dass diese umgelenkten europäischen Wanderungsströme zumindest teilweise auch dem deutschen Arbeitsmarkt zugutekommen. Im Übrigen sind auch die Post-Brexit-Einwanderungsregelungen Deutschlands gegenüber britischen Bürgern relevant. Insgesamt gesehen lassen sich direkte und indirekte Effekte unterscheiden. Die direkten Effekte betreffen die Wanderungsbewegungen der deutschen und der britischen Staatsbürger. Die indirekten Effekte betreffen Wanderungsströme der übrigen EU-Bürger, die statt ins Vereinigte Königreich partiell nach Deutschland „umgelenkt“ werden könnten.

Bei den aktuellen Wanderungsdaten lassen sich bereits einige Trendänderungen erkennen, die mit Brexit-Erwartungen zusammenhängen könnten, auch wenn der Brexit selbst *de jure* noch nicht erfolgt ist. Bezüglich der direkten Effekte sprechen die jüngsten Wanderungszahlen dafür, dass Deutschland Brexit-bedingt per Saldo mehr Migranten anzieht bzw. weniger verliert. In Abbildung 3 wird ersichtlich, dass seit 2016 weniger Deutsche ihre Heimat in Richtung Vereinigtes Königreich verlassen. Lag der entsprechende Nettowanderungsverlust zwischen 2013 und 2015 bei durchschnittlich knapp 2500 Personen, so reduzierte sich der Verlust auf nur noch 800 Personen von 2016 bis 2018. Ebenso wird deutlich, dass sich die Wanderungsbilanz verbessert. In der Summe kann man für die Jahre seit dem Referendum belegen, dass Deutschland gegenüber dem Vereinigten Königreich deutlich mehr Briten qua Migration gewinnt als es Deutsche in Richtung Vereinigtes Königreich verliert. Dies war vor 2016 noch anders. Allerdings ist die Dimension dieses direkten Effektes überschaubar. Er liegt jährlich im niedrigen vierstelligen Bereich. Angesichts der sehr viel umfangreicheren Wanderungsbewegungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den nicht-deutschen EU-Bürgern dürften die indirekten Umlenkungseffekte der innereuropäischen Migration für Deutschland quantitativ bedeutsamer sein.

Die Nettomigration nicht-britischer EU-Bürger ins Vereinigte Königreich sinkt seit 2016 deutlich (vgl. Abbildung 4). Der historische Höchststand der EU-Nettozuwanderung mit 184 000 Personen (2015) ist mittlerweile auf 75 000 Personen (2018) abgeschmolzen. Auch wenn nicht der gesamte Rückgang der Zuwanderung ins Vereinigte Königreich in andere europäische Staaten und Deutschland umgelenkt wird, lohnt es sich, die Größenordnung dieser Umlenkung zu schätzen.

## Schätzung der Migrationsumlenkung nach Deutschland

Bislang befassen sich nur wenige quantitative Studien mit den möglichen Folgen des Brexits auf die Migration ins

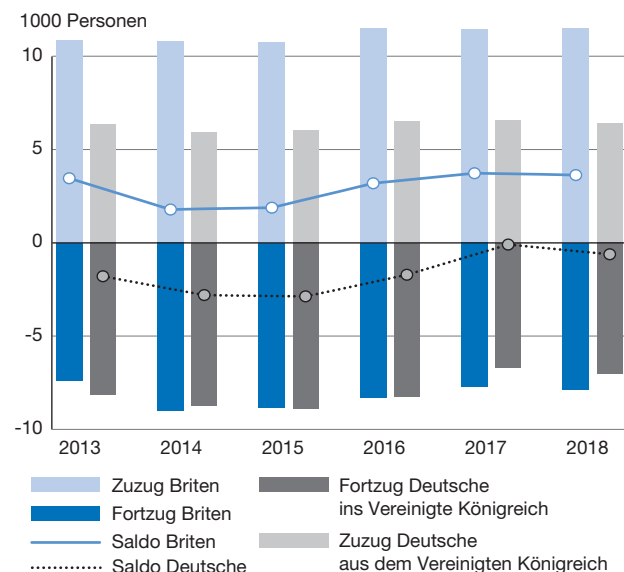
4 Eurostat: Population and migration statistics. Population database (demo\_pop: migr\_pop1ctz).

5 Vgl. J. Fuchs et al.: Zuwanderung und Digitalisierung: Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2019.

6 Vgl. ebenda.

7 Vgl. C. Vargas-Silva: EU Migration to and from the UK after Brexit, in: *Intereconomics*, 51. Jg. (2016), H. 5, S. 251-255, <https://archive.intereconomics.eu/year/2016/5/eu-migration-to-and-from-the-uk-after-brexit/> (7.10.2019).

**Abbildung 3**  
**Britische Migration nach Deutschland und deutsche Migration ins Vereinigte Königreich**



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Vereinigtes Königreich. Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)<sup>8</sup> hat im Rahmen einer Schätzung der ökonomischen Wirkungen des Brexits Annahmen über das Migrationsgeschehen getroffen. Sie definierte drei Szenarien in Abhängigkeit der Restriktionen, die nach dem Brexit für die Zuwanderung aus den verbliebenen EU-Staaten in Kraft treten. Demgemäß wird die Nettomigration im weniger restriktiven Szenario um 56 000 Personen pro Jahr gegenüber der Größenordnung von 2015 zurückgehen, sowie um 84 000 bzw. 116 000 Personen pro Jahr in den restriktiveren Szenarien.<sup>9</sup> Im Folgenden werden diese Szenarien verwendet, um die Umlenkungswirkung des Brexits für Deutschland in ihrer Größenordnung einzugrenzen.

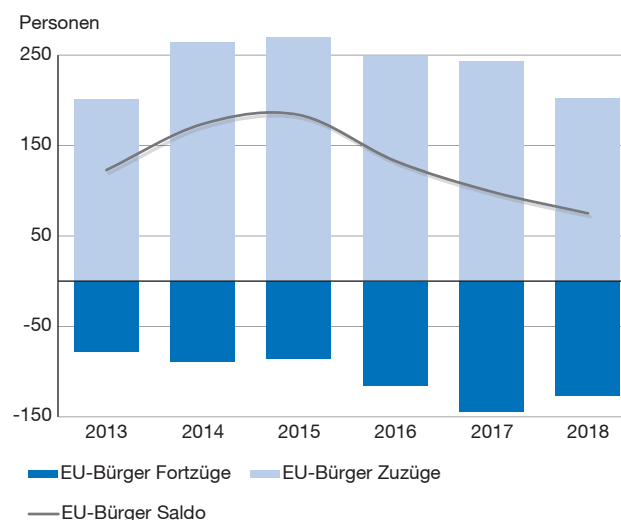
Eine überschlagsartige Schätzung des Umlenkungseffekts nach Deutschland wird der Studie von Fuchs et al. entnommen.<sup>10</sup> Dabei wird aus den in den OECD-Szenarien

<sup>8</sup> Vgl. OECD: The Economic Consequences of Brexit: A Taxing Decision, OECD Economic policy paper, Nr. 16, April 2016.

<sup>9</sup> Andere Studien schätzen, dass die Nettozuwanderung um bis zu 115 000 Personen p.a. zurückgehen kann (Migration Watch UK: UK immigration policy outside the EU, European Union: MW 371, 2017). Portes und Forte gehen von einer Reduktion um 91 000 Personen p.a. in ihrem Normalszenario aus. Im extremeren Szenario fällt der Wanderungssaldo gegenüber der EU27 sogar um 150 000 Personen. Vor dem Hintergrund der Reduktion um über 100 000 Personen seit 2015 erscheint die in den Studien unterstellte Dimension der Schrumpfung durchaus realistisch zu sein, vgl. J. Portes, G. Forte: The economic impact of Brexit-induced reductions in migration, in: Oxford Review of Economic Policy, 33. Jg. (2017), S. 31-44.

<sup>10</sup> Vgl. J. Fuchs et al., a. a. O.

**Abbildung 4**  
**Migration von nicht-britischen EU-Bürgern ins/aus dem Vereinigten Königreich**



Quellen: Office for National Statistics (ONS), Home Office, Central Statistics Office (CSO) Ireland, Northern Ireland Statistics and Research Agency (NISRA).

angesetzten Rückgängen der Nettomigration der Anteil der Mobilen geschätzt, der nach dem Wegfall des Ziellandes Vereinigtes Königreich nicht im Heimatland verbleibt, sondern sich für eine Wanderung in ein anderes EU-Land entscheidet. Dieser Anteil wird im unteren Szenario auf 50 % gesetzt, im Maximalszenario auf 100 %. Die resultierende Gruppe von potenziellen Migranten wird dann gemäß der gegenwärtigen Verteilung der Migrantengruppen auf die verbliebenen EU26-Zielländer (ohne das jeweilige Heimatland) verteilt.

Dieser umgelenkte Migrantenstrom setzt sich annahmegemäß nach Nationalität genauso zusammen wie die gegenwärtig im Vereinigten Königreich lebenden EU-Migranten. Dies bedeutet beispielsweise im mittleren Szenario mit einem Rückgang von 84 000 Personen, dass bei der Annahme einer 50 %igen Migrationsumlenkung 42 000 Personen in andere EU-Länder migrieren. Von diesen 42 000 sind dann entsprechend 14 000 polnische Staatsangehörige, da die polnische Immigrantengruppe im Vereinigten Königreich etwa ein Drittel der gesamten EU-Migranten ausmacht. Diese 14 000 Polen werden gemäß der EU-weiten Verteilung der Immigranten auf die EU26 (ohne Polen) aufgeteilt, im vorliegenden Fall werden ca. 60 % Deutschland zugeordnet; das sind ca. 8 500 Personen.

Tabelle 2 zeigt für die drei OECD-Szenarien und die jeweilig angesetzten Umlenkungsquoten von 50 % bzw. 100 % den durchschnittlichen jährlichen Zuwachs an EU-Nettomigrationspotenzial nach Deutschland, der durch den bri-



Tabelle 2

**Jährliche Reduktion der Migration ins Vereinigte Königreich gemäß OECD-Szenarien**

	Jährliche Reduktion der Migration ins Vereinigte Königreich um					
	56000 Personen		84000 Personen		116000 Personen	
Umlenkung innerhalb der EU (in %)	50	100	50	100	50	100
Zuwanderung nach Deutschland 2018 bis 2025	8 400	16 800	12 500	25 000	16 700	33 400

Quelle: J. Fuchs et al.: Zuwanderung und Digitalisierung: Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig?, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2019; eigene Berechnungen.

tischen EU-Austritt in Verbindung mit einem restriktiveren Migrationsregime generiert wird. Über einen Projektionszeitraum bis 2025 gesehen wird der Brexit die Nettoimmigration nach Deutschland bei einer 50%igen Umlenkung um 8000 bis 17 000 Immigranten pro Jahr erhöhen. Im Maximalszenario, bei dem die gesamte Reduktion der Nettozuwanderung ins Vereinigte Königreich in die übrige EU umgelenkt wird, verdoppeln sich diese Werte.

Angesichts der hohen gegenwärtigen Rückgänge der EU-Migration ins Vereinigte Königreich wirkt das obere OECD-Szenario aktuell plausibler – zumal rechtliche Restriktionen bei der Einwanderung für die EU-Bürger derzeit noch gar nicht greifen. Freilich könnten Erwartungseffekte eine Rolle spielen und die Migration von EU-Bürgern ins Vereinigte Königreich gewissermaßen vorgezogen werden. Zudem ist die EU-Migration auch in Deutschland in den letzten beiden Jahren etwas zurückgegangen. Das wiederum spricht dafür, dass neben einem Brexit-Effekt die EU-Migration insgesamt – nach dem anfänglichen Migrationsschub im Zuge der Öffnung für Immigranten aus den neuen EU-Staaten – wieder nachlässt. Damit ließe sich dann aber auch argumentieren, dass der Brexit-Effekt eher im Bereich des unteren OECD-Szenarios angesiedelt sein dürfte. Welche Argumentation hier zutrifft, lässt sich gegenwärtig nicht belastbar entscheiden.

**Fazit: mögliche Brexit-Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt**

Der Brexit wird auch den deutschen Arbeitsmarkt beeinflussen. Viele Betriebe in Deutschland produzieren für den Export ins Vereinigte Königreich. Sollten künftige Handelshemmnisse diesen Export beeinträchtigen, könnte das negative Auswirkungen auf den Personalbedarf in deutschen Unternehmen haben. Allerdings zeigen Beschäftigungserwartungen der ins Vereinigte Königreich exportierenden Arbeitgeber, dass dieser Effekt nicht statistisch signifikant ist. Die durch Exporte vom Brexit betroffenen Betriebe scheinen also nicht in dem Maße von diesen Exporten abhängig zu sein, dass sie erwarten, ihre Beschäftigung reduzieren zu müssen.

Auf angebotsseitiger Ebene legt unsere Studie den Fokus auf die innereuropäischen Migrationsströme. Der Brexit und eine damit verbundene restriktivere britische Immigrationspolitik könnte migrationswillige EU-Bürger dazu bringen, verstärkt nach Deutschland zu ziehen. Unser Beitrag schätzte diesen Umlenkungseffekt für den Zeitraum bis 2025 auf der Basis einer Analyse der früheren Migrationsströme voraus (Diaspora-Ansatz). Eine Brexit-bedingte Erhöhung der EU-Nettomigration nach Deutschland um jährlich 10 000 bis 20 000 Personen ist nach unserer Einschätzung für die nächsten fünf bis zehn Jahre durchaus realistisch.

Alles in allem scheint der Brexit die – langfristig gesehen – eher angespannte Lage am deutschen Arbeitsmarkt kaum zu beeinflussen. Der Zustrom an erwerbsorientierten EU-Immigranten und damit das Angebot an Arbeitskräften steigt durch den Brexit in nennenswertem Maße lediglich in kurzer und mittlerer Frist. Die tatsächliche betriebliche Nachfrage nach Personal sollte sich aus theoretischer Sicht abschwächen. In Bezug auf die betriebliche Beschäftigungserwartung zeigen sich kaum Effekte. Unabhängig von der Ausgestaltung des Brexits und der künftigen Beziehung zwischen EU und dem Vereinigten Königreich, werden die beschriebenen potenziellen Folgen des EU-Austritts auf dem deutschen Arbeitsmarkt verkraftbar sein.

**Title: *Brexit and Its Potential Effects on the German Labour Market***

**Abstract:** Brexit will undoubtedly affect the German labour market. Many German establishments produce for export to the United Kingdom (UK) and future trade barriers could reduce demand for their products and consequently, the labour demand of those establishments. On the labour supply side, Brexit will affect European migration flows. A more restrictive UK immigration policy could prompt EU citizens willing to migrate to choose to move to Germany instead, for example, thereby increasing the receiving country's labour supply. Our empirical analysis suggests only modest consequences due to Brexit on both sides of the German labour market.

**JEL Classification:** F16, F22, J21